

Liberalisierungspolitik in wirtschaftlich hochentwickelten Demokratien: Die Salienz eines politischen Themas als Reformbremse

Klaus Armingeon

1. Vorbemerkung, Frage und ein kurzes Argument¹

Rüdiger – aka „Roger“ – Schmitt traf ich erstmals vor 40 Jahren im vierten Stock des Seminargebäudes A5 in Mannheim. Nachdem er 1981 an der Universität Mannheim sein Diplom in Sozialwissenschaften erworben hatte, absolvierte er seinen Zivildienst und kehrte dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Lehrstuhl von Rudolf Wildenmann zurück. Aus der Pfalz kommend war er Mannheimer geworden und die Bindung an diese Universität und Stadt hat sich seither nicht gelöst. Mannheim wurde für den Menschen und den Wissenschaftler zur Heimat, von der er sich nie lossagte. Im Januar 1983 trat ich meine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter an einem soziologischen Lehrstuhl in Mannheim an. Wie Roger hatte ich Zivildienst geleistet und dann in Tübingen und Konstanz studiert; in Konstanz wurde ich von Gerhard Lehbruch promoviert. Ganz im Gegensatz zu Roger wurde ich nicht mit Mannheim und der dortigen Universität warm. Schon wenige Monate nach meiner Ankunft in Mannheim war mein Hauptziel, wieder von dort wegzukommen. Die Flucht nach Heidelberg gelang wohnungsmäßig rasch und beruflich wenige Jahre später. Zu den positiven Dingen in Mannheim gehörte für mich die freundliche menschliche und wissenschaftliche Unterstützung von Wilden-

1 Dieser Beitrag basiert auf einem neuen Datensatz über Liberalisierung (www.liberalization.org). Mein Dank geht zunächst an die Projektmitglieder und an den Schweizerischen Nationalfonds, der dieses Projekt grosszügig unterstützte (Projekte 100017_143504; 100017_143504). Bei der Analyse konnte ich mich auf Codes stützen, die David Weisstanner im Rahmen gemeinsamer Arbeiten erstellt hat. Anna Fill und Kai Guthmann haben in einer frühen Projektphase die Vorarbeiten für die Verbindung der Manifesto-Daten mit den Daten des Comparative Political Dataset (www.cpsds-data.org/) geleistet. Angela Odermatt hat schliesslich mit Unterstützung von Lucas Lee-mann den R-Code geschrieben, mit der beide Datensätze verknüpft werden können, ohne dass – wie in der ersten Phase – handcodiert werden musste.

mann und die Freundschaft mit Roger². Sie zeigte sich auch darin, dass wir gegenseitig Trauzeugen bei unseren Hochzeiten wurden. Zuvor führte sie zu unserer einzigen gemeinsamen Publikation (Schmitt/Armingeon, 1986), die die Beziehungen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Friedensbewegung analysierte. Der Artikel erzeugte kaum einen Widerhall in der wissenschaftlichen Gemeinschaft – wie Roger viele Jahre später süffisant notierte – aber der Aufsatz reflektiert sowohl unsere politischen Interessen als auch unseren Konsens über die Aufgabenbeschreibung der Sozialwissenschaften als theoriegeleitete empirische Wissenschaft.

Ein Thema, an dem wir beide interessiert sind, ist die Responsivität von Regierungen und Parlamenten. Wie entwickeln und zeigen Bürgerinnen und Bürger politische Präferenzen – ein Hauptarbeitsgebiet von Roger – und wie stark spiegeln sich dann diese Präferenzen im tatsächlichen Regierungshandeln wider? Von dieser allgemeinen Frage möchte ich in diesem Beitrag ausgehen. Mein Gegenstand ist die Welle von Liberalisierungsreformen, die seit den frühen 1980er Jahren über die demokratischen Länder mit Marktwirtschaften hinwegging und die seit ca. 15 Jahren zu verebben scheint. Unter Liberalisierung verstehe ich dabei den Abbau von marktfeindlichen Regeln und Strukturen in vielen Politikbereichen. Sie können individuelle Freiheitsspielräume erweitern, während sie andererseits das Potenzial haben, soziale Sicherheitssysteme im weitesten Sinne zu erodieren. Unter dieser Erosion leiden besonders jene Bevölkerungsgruppen, deren Interessenvertretung linke – mehrheitlich sozialdemokratische – Parteien für sich reklamieren. Parteien, die den linken Parteienfamilien angehören, sollten also insgesamt weniger stark die Liberalisierung betreiben haben – so lässt sich das beispielsweise aus der Theorie zur Parteidifferenz ableiten (siehe hierzu Roger Schmitt-Becks *Chef in Heidelberg*: Schmidt 2021). Freilich haben diese Parteien jedoch auch zeitweilig die Liberalisierung befürwortet, weil sie zusätzlich zu den erweiterten Handlungsoptionen der Menschen auch versprochen, die Effizienz von Märkten zu steigern und so Einkommen und Arbeitsplätze zu mehren. Eine einlaufende Flut hebt alle Boote, auch jene der mittleren und unteren sozialen Schichten – so die sozialdemokratischen Hoffnungen um die Jahrtausend-

2 Und dazu kam noch ein freundschaftlich-kollegiales Netzwerk mit vielen Mannheimer Kolleginnen und Kollegen, das in diesen Jahren geknüpft wurde und sich in den Folgejahren als erstaunlich stabil herausstellte. Auch das führte dazu, dass mir Mannheim immer mehr gefiel, je länger ich von dort weg war.

wende in Deutschland und Großbritannien und in einigen anderen Ländern.

Der Nachdruck, mit dem Tony Blair und Gerhard Schröder ihr Liberalisierungsprogramm umsetzten, lässt vermuten, weniger die Parteifamilie sei ausschlaggebend für den Willen zur liberalisierenden Reform, sondern vielmehr die programmatische Präferenz der Regierungsparteien. Wenn sie die Liberalisierung präferieren – seien sie Sozialdemokraten, Christdemokraten oder Liberale –, werden sie solche Reformen auf den Weg bringen; wenn sie dieses Programm nicht teilen, werden sie sich gegen die Liberalisierungswelle stemmen.

Aber nicht nur die Positionen der Akteure, sondern auch die Salienz eines Themas sind entscheidend für den politischen Prozess – worauf Roger Schmitt-Beck im Anschluss an Hans-Dieter Klingemann in seinen Arbeiten hingewiesen hat (siehe z.B. Schmitt-Beck 2014: 96). Nur wenn das Thema salient und damit auch politisch umstritten ist, könnte der Parteienwettbewerb verhindern, dass sich ubiquitäre Politikentwicklungen – hinter denen Märkte, internationale Organisationen oder andere Regierungen stehen – in einem nationalen Rahmen umsetzen.

Das Argument, linke oder liberalisierungsaverse Regierungen scheuten Liberalisierung, wird nicht von Autorinnen und Autoren geteilt, die von funktionalen Notwendigkeiten kapitalistischer Ökonomien ausgehen. In einer wirtschaftlich eng vernetzten Welt haben nationale Regierungen wenig (sozial-)politischen Handlungsspielraum. Wird in einem Land liberalisiert, so setzt dies andere Ökonomien unter Zugzwang. Wenn sie nicht internationale Wettbewerbsnachteile riskieren wollen, müssen sie ihre nationalen Märkte ähnlich stark befreien, wie das die anderen Länder auch getan haben. So haben beispielsweise Baccaro und Howell gezeigt, dass es trotz nationaler Unterschiede in der Form einen gemeinsamen Verlauf der Liberalisierung gibt – völlig unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung oder den programmatischen Orientierungen von Regierungen (Baccaro/Howell 2017).

Dies führt zu vier Hypothesen:

H1: Je stärker linke Parteien in der Regierung vertreten sind, desto weniger werden Liberalisierungsreformen verwirklicht („Sozialdemokratie-Hypothese“).

- H2: Je schwächer die programmatischen Liberalisierungs-Präferenzen der Regierungsparteien sind, desto weniger werden Liberalisierungsreformen verwirklicht („Präferenz-Hypothese“).
- H3: Wenn die Liberalisierungspräferenzen von Regierungsparteien und der Gesamtheit der Legislative stark voneinander abweichen, werden im Untersuchungszeitraum im nationalen Rahmen weniger Liberalisierungsreformen verwirklicht („Salienz-Hypothese“).
- H4: Weder die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung noch deren Liberalisierungspräferenzen, sondern der sozio-ökonomische und internationale Problemdruck erklären das Ausmaß von Liberalisierungsreformen. („Funktionalismus-Hypothese“).

Diese vier Hypothesen werde ich anhand eines großen Datensatzes zur Liberalisierung in mehr als 30 Ländern zwischen 1973 und 2013 testen. Ich werde zeigen, dass die Funktionalismus-Hypothese zurückgewiesen werden muss, während sich die Sozialdemokratie- und Salienz-Hypothese bewähren. Die Befunde für die Präferenz-Hypothese sind nicht eindeutig. Während programmatische Aussagen zur Liberalisierung und Wirtschaftspolitik keine signifikanten Effekte haben, sind generelle Einordnungen in der links/marktkritischen vs. rechts/marktfreundlichen Dimension signifikant.

In den nächsten Abschnitten werde ich den Datensatz und die Forschungsanlage kurz beschreiben und dann das zentrale Ergebnis präsentieren.

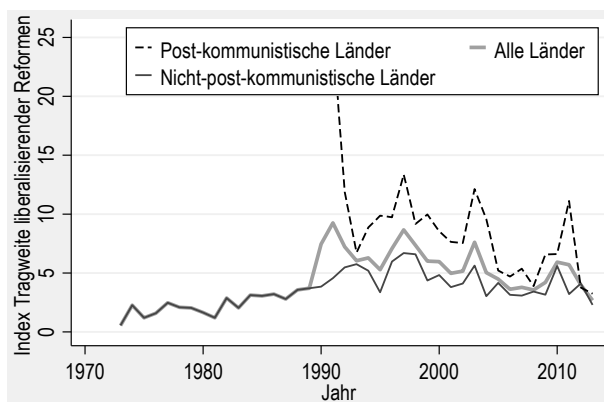
2. Daten

Die Analyse beruht auf einem Datensatz über liberalisierende und de-liberalisierende Reformen in 36 Ländern im Zeitraum zwischen 1973 und 2013. Er wurde von Anna Fill, Jorge Galindo, Stefan Heeb und Rafael Labanino in einem Projekt erstellt, das von Lucio Baccaro und mir geleitet wurde und das vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanziert wurde. Zwei Überlegungen waren für unsere Arbeit zentral: (1) Liberalisierung erfolgt in verschiedenen Politikfeldern und der Fokus auf wenige ausgewählte Politikfelder (z.B. Arbeitsmarktpolitik) würde riskieren, substitutive, komplementäre, verstärkende oder abschwächende Reformen in anderen Feldern (z.B. Steuerpolitik) auszublenden. (2) Neben liberalisierenden Reformen gibt es häufig auch de-liberalisierende

Reformen und diese müssen auch berücksichtigt werden. Wir haben deshalb über zahlreiche Politikfelder hinweg in jedem Land liberalisierende und de-liberalisierende Reformen erhoben. Um diese Reformen vergleichbar zu machen, haben wir sie in Bezug auf ihre Tragweite kodiert und für jedes Land einen summarischen Reformindex für liberalisierende und de-liberalisierende Reformen berechnet. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die Datenerhebung auf Reformen zielt und nicht auf die kurz- oder langfristigen Folgen dieser Reformen wie beispielsweise sinkende Staatsausgaben oder steigende Einkommensungleichheit. Vielmehr richtet sich der Fokus auf die Reformaktivitäten selbst.

Abbildung 1 zeigt den Verlauf der Liberalisierung für 36 Ländern, für die der Datensatz Informationen enthält. In Bezug auf die Einführung eines möglichst freien Marktes unterscheiden sich sicherlich aus historischen Gründen der Parteienwettbewerb in post-kommunistischen Ländern von jenem in etablierten kapitalistischen Demokratien. Deshalb werden die zwei Ländergruppen auch in der Abbildung 1 getrennt ausgewiesen. Dargestellt wird der Durchschnittswert des jährlichen Tragweite-Indexes aller Länder der jeweiligen Ländergruppe. Dieser bezieht sich – aus Platzgründen – nur auf liberalisierende Reformen.

Abbildung 1: Liberalisierende Reformen in 36 Ländern



Das Schaubild zeigt die Wellenform der Liberalisierung: Sie steigt bis in die 1990er Jahre und die Jahrtausendwende an und sinkt dann wieder etwas ab. Ferner unterscheidet sich das Liberalisierungsprofil der post-kommunistischen Länder von jenem der anderen Nationen sehr deutlich. Wie zu

erwarten, ist der Systemwechsel zu Anfang der 1990er Jahre mit einem Spitzenwert der Liberalisierungsreformen in den mittel-osteuropäischen Ländern verbunden und sinkt dann in den Folgejahren ab. Vieles spricht dafür, dass das Regierungshandeln in den post-kommunistischen Ländern weit weniger vom Parteienwettbewerb als von den Notwendigkeiten des Umbaus der Planwirtschaft in eine kapitalistische Ökonomie geprägt war geben (Merkel et al. 2019). Deshalb macht es wenig Sinn, für diese Länder zu fragen, ob die parteipolitische Zusammensetzung oder programmatische Orientierung der Regierung die Liberalisierungspolitik bestimmten. Der Test der vier Hypothesen sollte sich auf jene Fälle konzentrieren, bei denen die Voraussetzung für weitgehend selbstbestimmtes Regierungshandeln gegeben sind (Schmidt 1996, 2021). Deshalb werden im Folgenden nur die etablierten Demokratien der OECD-Welt vergleichend untersucht.

Die Daten zur Zusammensetzung der Regierung stammen aus dem Comparative Political Data Set, Version 2022. Sie stellen die prozentualen Kabinettsanteile der linken, zentristischen (d.h. mehrheitlich christdemokratischen) und rechten (d.h. mehrheitlich konservativen und liberalen) Parteien auf Jahresbasis dar. Theoretisch interessant sind nur die Effekte von linken vs. zentristischen und rechten bzw. von rechten vs. linken und zentristischen Parteien interessant, da christdemokratische und ähnliche Parteien üblicherweise Liberalisierung weder dezidiert befürworten noch bekämpfen. In dieser Frage mögen sie zuweilen mehr „links“ und zuweilen mehr „rechts“ sein.

Daten zur Liberalisierungspräferenz stammen aus dem Manifesto-Datensatz (<https://manifesto-project.wzb.eu/>). Ich nutze drei Messungen der Liberalisierungspräferenz. Die engste Form der Operationalisierung stützt sich auf den parteispezifischen Wert des Items „Freie Marktwirtschaft“ (per401)³. Die weiteste ist eine Rechts-Links-Variable („rile“), die generelle Positionen in der Dimension konservativ/marktfreundlich vs. progressiv/marktkritisch misst. Die Variable „markeco“ ist weiter als jene des Items „Freie Marktwirtschaft“ (per401); sie enthält auch das Item „Öko-

3 Befürwortende Erwähnung des freien Marktes und des freien Marktkapitalismus als Wirtschaftsmodell. Kann positive Verweise enthalten auf:

- Laissez-faire-Wirtschaft
- Überlegenheit des individuellen Unternehmertums über staatliche Kontrollsysteme;
- Private Eigentumsrechte
- Persönliches Unternehmertum und Initiative
- Notwendigkeit von Einzelunternehmen, die nicht durch staatliche Regeln eingeschränkt werden.

nomische Orthodoxie“ (per414)⁴. Der Vorteil der „engen“ Messung der Liberalisierungspräferenz besteht in der großen Nähe zur Liberalisierung als wirtschaftspolitische Strategie; die Stärke der anderen Messung besteht darin, dass Parteien ein wirtschaftsliberales Profil haben können, ohne dass sie besonders häufig die dem Item „Freie Marktwirtschaft“ unterliegenden Formulierungen in ihren Wahlprogrammen wählen.

Für diese drei Indikatoren werden die jeweiligen Werte der Regierungsparteien sowie aller Parteien im Parlament berechnet. Dabei werden die Werte der einzelnen Parteien mit deren Sitzanteile gewichtet.

3. Forschungsdesign

Die abhängigen Variablen der Analyse bilden die Werte des Tragweite-Index der Reformen. Dabei werden drei Varianten untersucht: Der Wert des reinen Liberalisierungsindex, der Wert des reinen De-Liberalisierungsindex und schließlich als aussagereichste Variable der Wert der Netto-Liberalisierung, d.h. der Wert des Liberalisierungsindex abzüglich jenes des De-Liberalisierungsindex. Wie schon ein anderer Pfälzer sehr pragmatisch argumentiert hatte, entscheidend ist das, „was hinten herauskommt“ (Helmut Kohl in einer Pressekonferenz am 31. August 1984); also das Ausmaß an Liberalisierung, nachdem man alle de-liberalisierenden Kompensationen und Korrekturen herausgerechnet hat. Meiner Untersuchung liegt ein Fehler-Korrektur-Modell (für Land-Jahr-Werte) mit fixen Effekten für Land und Jahr zugrunde. Solche Fehler-Korrektur-Modelle können zwischen kurz- und langfristigen Effekten der unabhängigen Variablen unterscheiden (siehe hierzu De Boef/Keele 2008). Die kurzfristigen Effekte sind wenig interessant, weil nicht zu erwarten ist, dass sich unmittelbar nach einem Regierungswechsel die Politik ändert. Es dauert einige Zeit, bis Programme in Gesetze umgesetzt und im Parlament verabschiedet sind. Aussagekräftiger sind die langfristigen Effekte. Bei der Schätzung des Stan-

4 Wirtschaftliche Orthodoxie

Notwendigkeit einer wirtschaftlich gesunden staatlichen Politikgestaltung. Kann Forderungen beinhalten nach:

- Verringerung der Haushaltsdefizite
- Sparsamkeit in der Krise
- Sparsamkeit und Sparen angesichts wirtschaftlicher Notlagen
- Unterstützung für traditionelle Wirtschaftsinstitutionen wie Börse und Bankensystem
- Unterstützung für eine starke Währung.

dardfehlers des Langfrist-Koeffizienten wird die Bewley-Transformation angewandt (De Boef/Keele 2008: 192).

Da die Indexwerte rechtsschief verteilt sind, werden für die folgenden Auswertungen die logarithmierten Werte des Liberalisierungs- und De-Liberalisierungs-Indexes genutzt. Der Netto-Liberalisierungsindex ist die Differenz zwischen den logarithmierten Werten von Liberalisierungs- und De-Liberalisierungsindex.

Die unabhängigen Variablen sind die parteipolitische Zusammensetzung und die drei Varianten der Liberalisierungspräferenzen der Regierung (Quellen und Operationalisierung siehe oben) sowie die jeweiligen Präferenzdifferenzen zwischen Regierungsparteien und der gesamten Legislativen. Sind diese positiv, so bevorzugen die Regierungen Liberalisierung mehr als alle Parteien des Parlaments. Dabei wird allerdings nicht Salienz oder Umstrittenheit gemessen; diese wird durch die absolute Differenz zwischen den jeweiligen Präferenzwerten von Gesamtparlament und Regierungsparteien angezeigt. Deshalb werden die zunächst berechneten Differenzen quadriert, was zudem den Vorteil hat, dass besonders große Differenzen stärker gewichtet werden.

Als Kontrollvariablen der Modelle dienten: Leistungsbilanz, Importe und Exporte in Prozent des Bruttoinlandsproduktes, Arbeitslosenrate und reales Wirtschaftswachstum. Diese Daten stammen aus der Version 2022 des Comparative Political Data Sets.

Die Qualität des Liberalisierungsdatensatzes variiert zwischen den Ländern (siehe Codebuch). Deshalb erstellte das Projektteam auch einen Datensatz für 14 Länder (zwölf etablierte Demokratien, zwei post-kommunistische Demokratien), für den sämtliche Kodierungen nochmals durchgegangen wurden und der die beste Qualität aufweist. Alle Berechnungen wurden auch mit diesem kleinen Datensatz repliziert, wobei sich keine substantiell widersprüchlichen Befunde zu den unten berichteten Resultaten ergaben. Freilich erreichen viele Koeffizienten, die auf der Basis des großen Datensatzes signifikant waren, nicht das übliche Signifikanzniveau von fünf Prozent. Dies dürfte vor allem auf die niedrigere Fallzahl zurückgehen.

4. Ergebnisse

Ich berichte im Folgenden weder die Koeffizienten der Kontrollvariablen noch die Kurzfristeffekte und konzentriere mich nur auf die graphische

Darstellung der Langfristeffekte. Die volle Dokumentation der Modelle kann von mir angefordert werden.

Abbildungen 2 und 3 zeigen die Langfristeffekte der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung auf die Liberalisierungspolitik an. Die Balken stellen jeweils das 90%- bzw. 95%-Konfidenzintervall dar.

Abbildung 2: Langfristeffekte der Regierungsbeteiligung linker Parteien

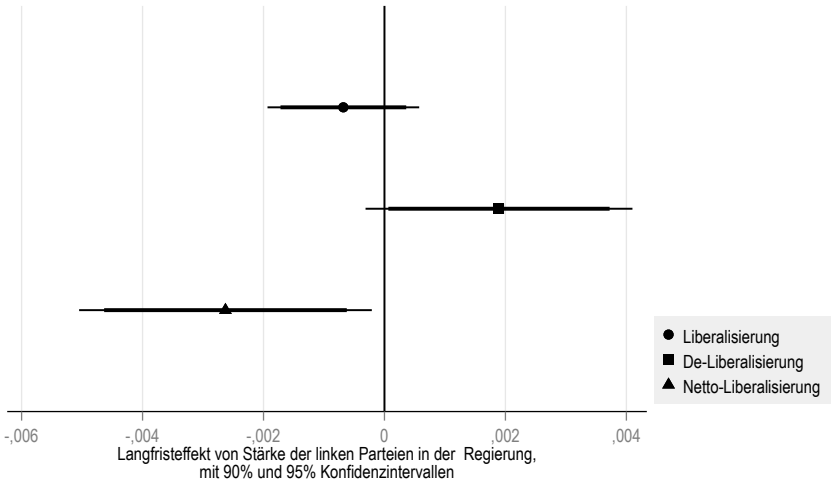
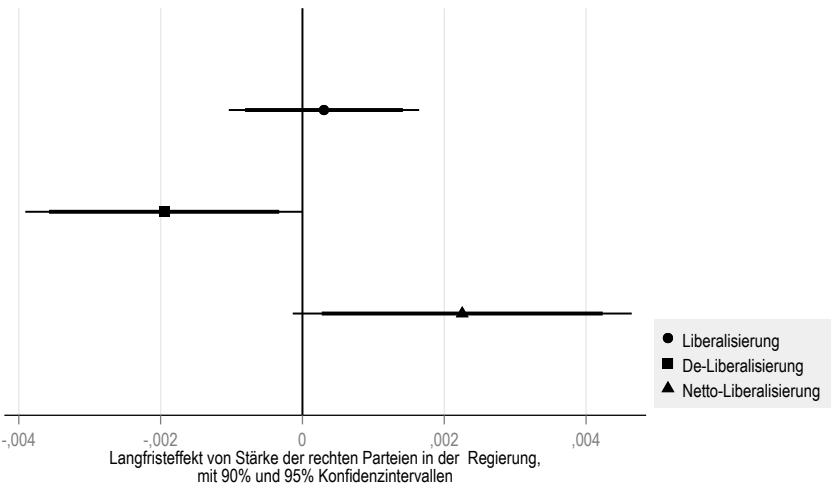


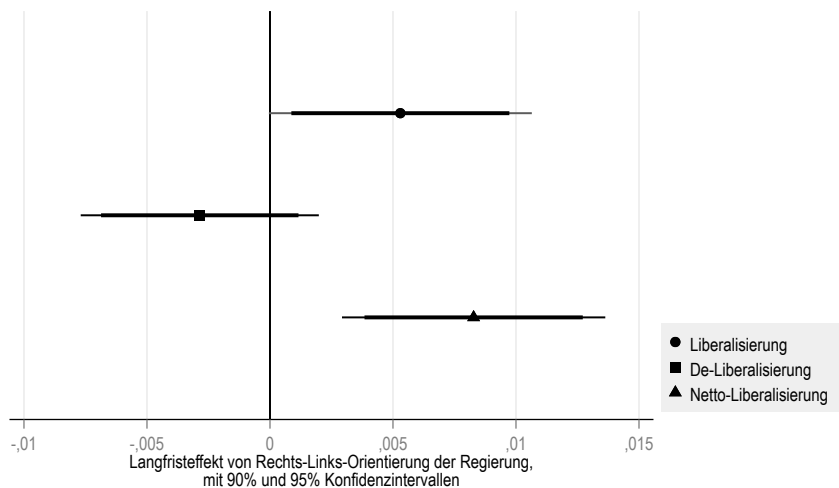
Abbildung 3: Langfristeffekte der Regierungsbeteiligung rechter Parteien



Linke (im Wesentlichen sozialdemokratische und grüne) Parteien unterscheiden sich nicht signifikant von anderen Parteien, wenn es darum geht zu liberalisieren. Aber sie kompensieren diese Liberalisierung (signifikant auf dem 10%-Niveau) mit zeitgleichen De-Liberalisierungen in anderen Politikbereichen, was dann dazu führt, dass die Netto-Liberalisierung (Liberalisierungsaktivität abzüglich De-Liberalisierungsaktivität) signifikant geringer ist als bei anderen Parteien. Der Befund für rechte (konservative und liberale) Parteien ist spiegelbildlich: Sie liberalisieren so stark wie andere Parteien, aber das Ausmaß kompensierender, de-liberalisierender Reformen ist geringer und die Konsequenz ist eine höhere Netto-Liberalisierung (signifikant auf dem 10%-Niveau) unter solchen Regierungen. Weiter Analysen zeigten schließlich, wie erwartet, dass zentristische Parteien (im Wesentlichen christdemokratische Parteien) keine signifikanten Effekte auf die Liberalisierung aufweisen.

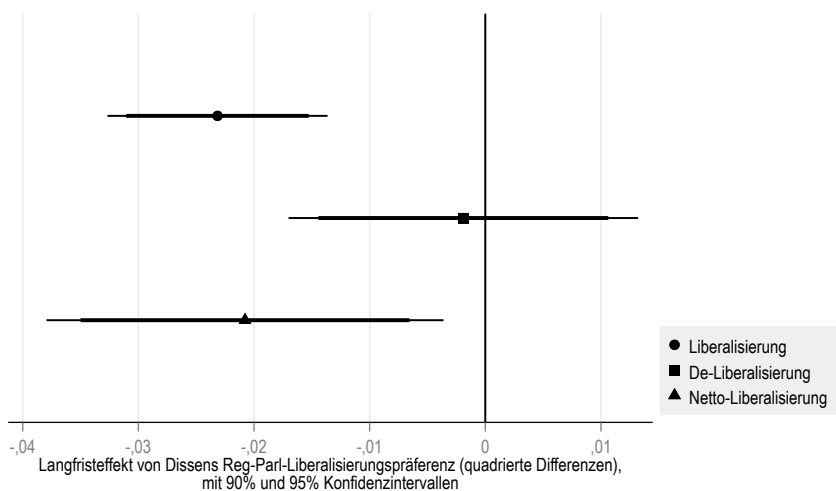
Die Analysen auf der Basis der Liberalisierungspräferenzen der Regierungsparteien ergaben keine signifikanten Ergebnisse, wenn die zwei „engeren“ Operationalisierungen genutzt wurden. Hingegen sind die Befunde bei der allgemeinen Links-Rechts-Einstellungen im Endergebnis (Netto-Liberalisierung) signifikant und ähneln jenen der Effekte der Parteienfamilien (Abbildung 4).

Abbildung 4: Langfristeffekte von Regierungsparteien mit allgemeinen rechten (konservativen/marktfreundlichen) Präferenzen



Noch klarer sind die Befunde in Bezug auf die Umstrittenheit der Liberalisierungspolitik (quadrierte Präferenzdifferenzen Regierungsparteien vs. alle Parlamentsparteien). (Abbildung 5).

Abbildung 5: Umstrittenheit der Liberalisierungspolitik zwischen Regierungsparteien und allen Parlamentsparteien



Dort, wo programmatische Differenzen besonders groß sind – wobei durchaus Regierungen auch liberalisierungsaverser sein können als das Gesamtparlament – werden liberalisierende Reformen signifikant weniger realisiert und deshalb sind auch die Effekte auf die Nettoliberalisierung signifikant negativ. Dieser Salienz-Effekt lässt sich auch für die Netto-Liberalisierung beobachten, wenn die Variable Rechts-Links-Orientierung verwendet wird. Und in Bezug auf neoliberale Orientierungen findet sich ein ähnliches Muster wie in Abbildung 5, wobei allerdings der Koeffizient der Nettoliberalisierung knapp nicht das 10%-Signifikanzniveau erreicht.

5. Schluss

Roger Schmitt-Beck hat zahlreiche und vielbeachtete Beiträge zur Frage geliefert, ob und wie Bürgerinnen und Bürger politische Einstellungen und Präferenzen entwickeln. In diesem Beitrag schließe ich an seine Forschung in dem Sinne an, dass ich frage, ob diese Präferenzen dann zu präferenz-

angemessenen Politiken führen. Ich nutze dabei sowohl die parteipolitische Zusammensetzung als auch die programmatischen Präferenzen der Regierungsparteien. Außerdem nutze ich einen Indikator für die Salienz der Liberalisierung im politischen Prozess.

Sträubten sich linke Regierungen mehr als rechte gegen die Liberalisierungswelle, die über die etablierten Demokratien in den letzten 40 Jahren hinweggegangen ist? Die Befunde liefern ein vorsichtiges „ja“ als Antwort auf diese Frage. Parteien machen einen – beschränkten -Unterschied. Die Meinungsbildungsprozesse der Bürger und Bürgerinnen haben intendierte Konsequenzen, selbst wenn diese Prozesse dem Ideal des rational Argumente abwägenden Wählers und Wählerin kaum entsprechen (Achen/Bartels 2016). Aber wenn man in pragmatischer Weise die Ansprüche reduziert und zufrieden ist, wenn die Bürgerinnen und Bürger auf welchen Wegen auch immer die zu ihnen passende Partei wählen (Dalton 2021), dann scheinen die von Schmitt-Beck hauptsächlich auf der Mikroebene analysierten Prozesse der Einstellungsbildung hochgradig relevant zu sein für den demokratischen Prozess auf der Makro-Ebene des politischen Systems.

Besonders bemerkenswert scheint mir ein weiteres Ergebnis dieser Analyse: Wenn Liberalisierung kaum ein Thema in der demokratischen Politik ist, weil sich Regierungsparteien und die Gesamtheit aller im Parlament vertretenen Parteien in der Präferenz für marktfreundliche Politiken wenig unterscheiden, ist die liberalisierende Reformaktivität hoch. Sobald sich jedoch die Präferenzen der Akteure deutlich unterscheiden und das Thema damit höchstwahrscheinlich umstritten ist, reduzieren politische Systeme ihre Liberalisierungsbemühungen. Dies passt zu einer Interpretation, der zufolge alle wirtschaftlich hochentwickelten Demokratien im Untersuchungszeitraum einen Druck zu Liberalisierung verspürten, weil dies internationale Märkte oder internationale Organisationen anregten oder weil andere Regierungen mit marktfreundlichen Politiken voranpreschten. Wenn dieser Reformdruck nicht kontrovers thematisiert wurde, gaben ihm Regierungen und Parlament häufig mehr oder weniger stillschweigend nach. Sobald jedoch das Thema salient und damit umstritten wurde und irgendein Akteur – auf Seiten der Regierung oder des Parlaments – die Weisheit des Liberalisierungsmantra lauthals in Frage stellte, kam Sand in die Reformmaschinerie. Es kommt also nicht nur auf die Politikpositionen, sondern eben auch auf die Salienz an – ein Befund der für Roger Schmitt-Beck nicht überraschend kommt, hat er uns doch schon mehrfach an die Bedeutung von Salienz erinnert.

Literatur

- Achen, Christopher H. und Larry M. Bartels. 2016. *Democracy for Realists. Why Elections Do Not Produce Responsive Government*. Princeton und Oxford: Princeton University Press.
- Baccaro, Lucio und Chris Howell. 2017. *Trajectories of Neoliberal Transformation. European Industrial Relations Since the 1970s*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dalton, Russell. 2021. „The Representation Gap and Political Sophistication: A Contrarian Perspective.“ *Comparative Political Studies* 54 (5):889-917.
- De Boef, Suzanna und Luke Keele. 2008. „Taking Time Seriously.“ *American Journal of Political Science* 52 (1):184-200.
- Merkel, Wolfgang, Raj Kollmorgen und Hans-Jürgen Wagener, eds. 2019. *The Handbook of Political, Social, and Economic Transformation*. Oxford: Oxford University Press.
- Schmidt, Manfred G. 1996. „When Parties Matter: A Review of the Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy.“ *European Journal of Political Research* 30 (2):155-83.
- Schmidt, Manfred G. 2021. „Parties.“ In *Oxford Handbook of the Welfare State, 2nd edition*, ed. D. Béland, K. Morgan, H. Obinger und C. Pierson. Oxford: Oxford University Press.
- Schmitt, Rüdiger und Klaus Armingeon (1986): Wie „friedensbewegt“ sind die Gewerkschafter? Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern zu Sicherheitspolitik und Friedensbewegung, in: Politische Vierteljahresschrift 27: 423-433.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. 2014. „Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013.“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (1):94-112.

